

## Pressemitteilung des Integrationsrates der Stadt Hagen zum Krieg in der Ukraine vom 14.03.2022

Der Integrationsrat der Stadt Hagen ruft zu Frieden, Besonnenheit und Zusammenhalt auf

Der Krieg in der Ukraine dauert seit achtzehn Tagen an und hat bereits tausende Verletzte und hunderte Todesopfer<sup>1</sup> gefordert. Die Menschen in der Ukraine sind tödlicher Gewalt ausgesetzt, viele haben ihr Zuhause, ihre Sicherheit, ihre Angehörigen verloren. Dass die Ukraine von Russland angegriffen wurde, dass der Krieg in Europa, in der Nähe geführt wird, sorgt bei der Bevölkerung Deutschlands für Angst, Ohnmacht und Wut. Viele Menschen solidarisieren sich mit der Ukraine und wir erleben erneut eine große Bereitschaft unserer Zivilgesellschaft, Flüchtende aufzunehmen und zu helfen - entgegen allem Gerede von rechten Scharfmachern.

„Ich freue mich über die zahlreichen Friedensdemonstrationen und die Hilfsangebote für Flüchtende aus der Ukraine“, sagt Tayfun Keltok, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW. „Wir dürfen uns jedoch nicht zu kopflosen Reaktionen hinreißen lassen. Vor allem darf sich die Wut der Menschen (mit und ohne internationaler) Familiengeschichte keinesfalls gegen Menschen mit russischen Wurzeln richten, die in Deutschland leben und keinerlei Verantwortung für den russischen Angriffskrieg tragen!“ Viele russischstämmige Menschen in Deutschland verurteilen den Krieg und demonstrieren Seite an Seite mit Ukrainerinnen und Ukrainern für das sofortige Ende des Angriffes.

Bedauerlicherweise erreichen den Landesintegrationsrat Meldungen seiner Mitgliedsgruppen, nach denen Menschen russischer Herkunft offen angefeindet werden. Besonders fassungslos machen dabei Berichte über Angriffe auf Kinder. Keinesfalls dürfen Feindbilder geschaffen und Menschen aufgrund ihrer Herkunft zum Sündenbock und zur Zielscheibe gemacht werden! Hier tragen Politik und Medien, aber auch die gesamte Bevölkerung Verantwortung.

Es gilt nun besonnen zu bleiben und zusammenzuhalten: Die Zivilbevölkerung in der Ukraine muss humanitäre Hilfe erhalten und Flüchtende aus dem Kriegsgebiet müssen – ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit – unkompliziert aufgenommen werden. Das gilt selbstverständlich für alle Menschen weltweit, die aus Kriegs- und Krisengebieten fliehen. Der Integrationsrat der Stadt Hagen stellt sich mit aller Deutlichkeit gegen die Kategorisierung von Schutzsuchenden nach erster und zweiter Klasse.

Der Integrationsrat der Stadt Hagen fühlt mit den Opfern des Krieges und hofft, dass bald wieder Frieden hergestellt wird.

<sup>1</sup> Vgl. Artikel des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte vom 14.03.2022

<https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=28274&LangID=E>